Lahn-Dill-Kreis

Wetzlar, 12.01.2023

NIEDERSCHRIFT

Gremium	**Kreistag**
Sitzung Nummer	13/2021-2026
Datum	**19.12.2022**
Sitzungsbeginn	10:30
Sitzungsende	17:22
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende

Kreistagsvorsitzender
Volkmann, Johannes

Landrat
Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter
Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-
Biermann, Andrea
Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion
Ahrens-Dietz, Heike
Bender, Anna-Lena
Bender, Matthias
Braun, Carsten
Deusing, Kevin
Herr, Christoph Alexander
Hundertmark, Michael
Irmer, Hans-Jürgen
Lenzer, Carmen

Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion
Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan

B90/Die Grünen
Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria
Strehlau, Petra

FWG-Fraktion
Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Ludwig, Jörg
Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion
Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE
Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos
Hantusch, Thassilo

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r
Bangert, Armin
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin
Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

<u>es fehlt entschuldigt</u>
Engel, Jürgen
Gottsmann, Thomas
Harapat, Dominic
Hartmann, Lukas
Hermann, Jacqueline Carina
Krämer-Bender, Rabea
Lefèvre, Christa
Schäfer, Mechthild
Schumacher, Silke
Wagner, Steffen
Weppler, Elke
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen
Benner, Hans
Horne, Eberhard
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm

Tagesordnung

Sitzungsteil A

TOP 1.
Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.
Fragestunde

Sitzungsteil B

TOP 3.
Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2022 - 2026
(VL-252/2022)

TOP 4.
Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 3. Quartal 2022
(MI-35/2022)

TOP 5.
Satzung über Bildung und Aufgaben eines Inklusionsbeirates des Lahn-Dill-Kreises
(VL-244/2022)

TOP 6.
Beteiligungsbericht 2021
(MI-31/2022)

TOP 7.
Jahresabschluss 2019 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill
(VL-240/2022)

TOP 8.
Weiterentwicklung Kooperation Musikschulangebot im Lahn-Dill-Kreis
Änderung der Satzung der Lahn-Dill-Akademie
(VL-101/2022)

TOP 9.
Wirtschaftsplan 2023 der Lahn-Dill-Akademie
(VL-183/2022)

TOP 10.
Wirtschaftsplan 2023 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
(VL-182/2022)

Sitzungsteil C

TOP 11.
Errichtung Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Haiger
(VL-250/2022)

TOP 12.

Bewältigung der COVID-19-Pandemie
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produktbereich 07 Gesundheitsdienste
(VL-247/2022)

TOP 13.
Aussetzung Flächenstilllegung
Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 15.07.2022
(A-58/2022)

TOP 14.
Pendla-App "Pendla"
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
(A-56/2022)

TOP 15.
Sanierung der Außenwände der Lahntalschule
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
(A-55/2022)

TOP 16.
Erhalt der Mittel für MBE
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
(A-54/2022)

TOP 17.
Schulschwimmen
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
(A-53/2022)

TOP 18.
Geburtsklinik Dillenburg
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2022
(A-77/2022)

TOP 19.
Schließung Geburtsklinik Dillenburg - Aus der Intransparenz lernen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.11.2022
(A-82/2022)

TOP 20.
Einberufung einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der Lahn-Dill-Kliniken
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.12.2022
(A-86/2022)

TOP 21.
Konzept zur Förderung von Balkonkraftwerken
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.09.2022
(A-64/2022)

TOP 22.
Pilotprojekt gegen Einsamkeit
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
(A-65/2022)

TOP 23.
LDK-App
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
(A-66/2022)

TOP 24.
Planungskosten Jung-Stilling-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
(A-68/2022)

TOP 25.
Unterstützung der Lahn-Dill-Kliniken
Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 11.10.2022
(A-69/2022)

TOP 26.
Zuweisung und Aufnahme
Antrag der AfD-Fraktion vom 16.10.2022
(A-71/2022)

TOP 27.
Reaktivierung der Solmsbachtalbahn
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2022
(A-72/2022)

TOP 28.
Erweiterung des Notfallfonds für Vereine
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2022
(A-73/2022)

TOP 29.
Förderung des Glasfaserausbaus
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2022
(A-74/2022)

TOP 30.
Politische Bildung in Schulen
Antrag der AfD-Fraktion vom 25.11.2022
(A-76/2022)

TOP 31.
Anpassung Kreisumlage
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2022
(A-78/2022)

TOP 32.
Reduzierung der Asylbewerberzahlen
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2022
(A-79/2022)

TOP 33.

Pausenhof Aartalschule
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2022
(A-81/2022)

TOP 34.
Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 13. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer. Er bedankt sich bei den Sitzungsteilnehmern, die trotz widriger Wetterverhältnisse den Weg zur Kreisverwaltung nach Wetzlar gefunden haben.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages mit 49 Abgeordneten fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 1. Dezember 2022 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden oder auf eigenen Wunsch digital. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 15. Dezember 2022 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 7. Dezember 2022 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass man im Ältestenrat beschlossen habe, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 (laut Einladung) zur Thematik der Geburtshilfe in Dillenburg gemeinsam zu beraten. Beide Tagesordnungspunkte würden gemeinsam nach der Mittagspause aufgerufen. Tagesordnungspunkt 5 „Bewältigung der Covid-19-Pandemie" werde auf Wunsch der AfD-Fraktion von Sitzungsteil B in den Teil C verschoben. Die Vorlage TOP 12 (laut Einladung) „Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Haiger" sei seitens des Kreisausschusses zurückgezogen worden.

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt, TOP 33 in Sitzungsteil B zu verschieben und dort als neuen TOP 3 aufzurufen. Er begründet dies damit, dass die Platzierung einer Wahl auf der Tagesordnung nicht von den Erfolgsaussichten des Kandidaten abhängig gemacht werden dürfe.

Abgeordnete Egler (SPD) hält eine formale Gegenrede.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE „Einberufung einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der Lahn-Dill-Kliniken"

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) begründet die Dringlichkeit damit, dass sie aufgrund neuer Erkenntnisse aus der Sitzung des Sozialausschusses Chancen für den Fortbestand der Gynäkologie in Dillenburg sehe. Der Aufsichtsrat der Lahn-Dill-Kliniken müsse hierüber in Kenntnis gesetzt werden.

Da niemand gegen die Dringlichkeit spricht, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt
Vorsitzender Volkmann (CDU) merkt an, dass aufgrund der Zahl der anwesenden Kreistagsabgeordneten die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Kreistagsabgeordneten nicht herstellbar sei. Da die überwiegende Mehrheit der anwesenden Abgeordneten bei lediglich einer Gegenstimme für die Dringlichkeit gestimmt habe, wolle er den Antrag gleichwohl auf die Tagesordnung aufnehmen. Auf Nachfrage erhebt sich gegen dieses Vorgehen kein Widerspruch.

Die Dringlichkeit wird damit festgestellt und der Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung als TOP 15 in Verbund mit TOP 13 und 14 (laut Einladung) aufgenommen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.
Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Witterungsbedingter Distanzunterricht an Schulen
Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass aufgrund der Witterungsbedingungen der Schulunterricht nach Absprache mit dem Staatlichen Schulamt als Distanzunterricht stattfinde. Die Schulen seien lediglich für eine Notbetreuung geöffnet. Er bedankt sich bei den Streudiensten in den städtischen Bauhöfen für ihren nächtlichen Einsatz.

Wirtschaftsplan der Lahn-Dill-Kliniken 2023
Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Lahn-Dill-Kliniken den Wirtschaftsplan beschlossen habe. Erstmalig sei dort ein Fehlbetrag über 14 Mio. € ausgewiesen. Anstehende Gesetzesänderung bei Land und Bund seien jedoch noch nicht berücksichtigt. Man rechne mit einem Ergebnis zwischen 3 Mio. € und 4 Mio. €. Die öffentliche Trägerschaft der Lahn-Dill-Kliniken stehe in keiner Weise zur Debatte.

Auslastung der Kliniken
Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass die Klinken derzeit mit hohen Fallzahlen ausgelastet seien. Dies liege an vielen Influenza-Erkrankten. Gleichzeitig seien auch viele Klinikmitarbeiterinnen und –mitarbeiter erkrankt. Er wirbt im Namen des Leiters der Abteilung Gesundheit dafür, die Möglichkeit der Grippeschutzimpfung zu nutzen.

Wirtschaftsdialog
Landrat Schuster (SPD) berichtet, dass die heimische Wirtschaft trotz sich überlagernder internationaler Krisen gut dastehe. Allein die IHK-Betriebe hätten im dritten Quartalen 2022 einen Umsatz von 2,2 Mrd. € gemacht. Dies entspreche einer Steigerung von 14,2 % gegenüber dem

Vorjahr. Auf Hessen entfalle ein Plus von 6,8 %, was die Stabilität der Wirtschaft in den Krisen zeige. Trotz vieler erwerbsfähiger Personen aus der Ukraine habe sich die Arbeitslosenquote nur geringfügig erhöht.

Belegung von Turnhallen

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass er davon ausgehe, dass in den nächsten 3 Monaten weitere 1.000 Personen aufzunehmen seien. Die Städte und Gemeinden seien daher um Vorschläge gebeten worden, welche Flächen etwa in Gewerbegebieten geeignet seien, um dort in Modulbauweise Einrichtungen für 300 bis 400 Personen zu errichten. Diese sollten für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren vorgesehen werden. Nur falls dies nicht gelänge, kämen auch Turnhallen für eine Belegung in Betracht.

Jung-Stilling-Schule, Ewersbach

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass der Kreisausschuss der Gemeinde Dietzhölztal ein Angebot zur Übernahme des an die Schule grenzenden Rathauses unterbreitet habe. Das Angebot werde dort derzeit durch Erstellung eines eigenen Wertgutachtens geprüft. Ein Auszug könne bis zum Ende 2023 vollzogen werden.

Notfallfonds für Vereine

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass die durch den Fonds zur Verfügung gestellten Mittel iHv. 100.000 € zwischenzeitlich an 200 Sportvereine mit jeweils 500 € ausgeschüttet worden seien. Die Mittel seien somit erschöpft.

Resolution zur Unterstützung von Sprach-Kitas

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) bezieht sich auf die im Kreistag beschlossene Resolution. Er habe deswegen kurzfristig die Fraktionen auf Bundes- und Landesebene angeschriebenen und durchweg positive Rückmeldungen erhalten. Zwischenzeitlich sei zwischen dem Bund und den Ländern eine Einigung dahingehend erzielt worden, dass der Bund auf dem Wege einer Übergangslösung das Förderprogramm Sprach-Kitas um sechs Monate verlängert. Daran anknüpfend werde das Land Hessen das Programm ab dem 30.06.2023 bis zum Ende 2024 unverändert fortführen.

Projekt „Pimp your Town", Politik zum Anfassen

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) berichtet von einem Projekt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, das er gemeinsam mit dem Kreistagsvorsitzenden Volkmann (CDU) auf Grundlage eines Kreistagsbeschlusses initiiert habe. Vom 18. bis 20. Oktober sei das Projekt mit Unterstützung aller Fraktionen und in enger Zusammenarbeit mit dem Johanneum Gymnasium Herborn durchgeführt worden. Es habe seinen Abschluss in einem Planspiel einer Kreistagssitzung gefunden.

Abgeordneter Irmer (CDU) merkt kritisch an, dass die Mitteilungen sich in zwei Bereichen auf Fraktionsanträge bezogen hätten, die ebenfalls auf der Tagesordnung stünden. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** sagt zu, dies in einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrates zu thematisieren.

Arbeitsmarkt

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass die Arbeitslosenquote in den andauernden Krisen stabil geblieben sei. 7.011 Personen seien arbeitslos gemeldet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liege mit 97.000 sogar auf einem Höchststand und stärke den Arbeitsmarkt. Inzwischen gebe es auch wieder mehr Bewerber und Ausbildungsstellen, nachdem der Bewerberrückgang der letzten sieben Jahre bei 46 % gelegen habe.

Geschäftslage der Unternehmen

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass die Unternehmen ihre Geschäftslage nach einer Konjunkturumfrage der IHK Dill noch positiv bewerteten. Allerdings belasteten Verunsicherungen die Geschäftserwartungen zum Jahresende. Insbesondere die Beschäftigungsplanung, Investitionsneigung und Exporterwartungen seien deutlich gesunken. Der Fachkräftearbeitnehmermangel und geringes Interesse an Ausbildungsberufen bereiteten Sorge und die Standortattraktivität des Kreises müsse erhöht werden.

Automobilindustrie
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass sich die heimischen Unternehmen, die Vorprodukte für die Automobilindustrie lieferten, in schwieriger Transformation befänden. Das Regionalmanagement habe Fördermittel des Bundes iHv. 5 Mio. € für das Megaprojekt „Transformationsnetzwerk der Automobilindustrie Mittelhessen" einwerben können. Es sei ihm selbst gelungen, die Schwerpunktthemen „Qualifizierung" und „digitale Bildungsplattform" im Lahn-Dill-Kreis zu verorten. Hierfür stünden sechs finanzierte Vollzeitstellen zur Verfügung, von denen zwei dem Kreis zugeordnete seien. Projektziel sei der Aufbau eines dauerhaften Transformationsnetzwerkes, das die Unternehmensregion und Arbeitsplätze dauerhaft sichere.

Blick in die Zukunft des Kreises
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass Studien des Prognos-Zukunftsatlas dem Kreis im Vergleich mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten gute Zukunftschancen bescheinigten. Er nennt als Ursache eine überdurchschnittlich hohe Geburtenrate sowie Akademikerquote. Auch das Gründungsgeschehen habe sich deutlich verbessert. Lob gebe es für den Ausbau der Infrastruktur. Auch beim Arbeitsmarkt habe man sich deutlich verbessert. Die Schwächen lägen in der niedrigen Investitionsquote der Industrie, einer steigenden Zahl der Schulabbrecher, und einem hohen Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet die Mitglieder des Kreisausschusses für Berichte die Berichtsform zu wählen und nicht das Mittel der Mitteilung.

Mitteilungen des KT-Vorsitzenden
Imbiss in der Mittagspause
Vorsitzender Volkmann (CDU) lädt die Abgeordneten als weihnachtliches Dankeschön zu einem Imbiss in der einstündigen Mittagspause ein, die etwa um 12:30 Uhr stattfinden werde.

Ausscheiden Kreistag
Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die Abgeordnete Kristin Hofmann (SPD-Fraktion) auf eignen Wunsch aus dem Kreistag ausgeschieden sei. Ein Nachrücker sei bislang noch nicht festgestellt worden, so dass sich der Kreistag aktuell aus 80 Abgeordneten zusammensetze.

Nachrücker Aufsichtsrat Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass für die ausgeschiedene ehemalige Kreistagsabgeordnete Hofmann (SPD) die Kreistagsabgeordnete M. Schäfer (SPD) von der Nachrückerliste des Wahlvorschlages in den Aufsichtsrat der Lahn-Dill-Kliniken GmbH nachrücke.

Nachbesetzung Fachausschüsse
Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass der Abgeordnete Sitte für die Fraktion DIE LINKE als Mitglied im **Bildungsausschuss** benannt worden sei. Der Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) scheide gleichzeitig aus dem Bildungsausschuss aus.

Zu TOP 2.

Fragestunde

Erreichbarkeit der Ausländerbehörde

Vorsitzenden Volkmann (CDU):

1. Wie lange sind derzeit die durchschnittlichen Wartezeiten für Terminvergaben bei der Ausländerbehörde des Lahn-Dill-Kreises und welche Einschränkungen bestehen bei der telefonischen und schriftlichen Erreichbarkeit der Behörde?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Kreisausschuss um die Erreichbarkeit und Terminvergaben zeitnah zu verbessern?

Landrat Schuster (SPD) bietet zunächst an, die Arbeit der Ausländerbehörde auf die Tagesordnung der Sitzung des HFWO am 23. März zu setzen, da die Fragestellung komplexer sei. Er antwortet,

Landrat Schuster (SPD) antwortet:
„Die Länge der Wartezeiten für einen Termin richtet sich nach dem individuellen Anliegen des Kunden. Die vorhandenen Terminkapazitäten bei der Ausländerbehörde sind an sich ausreichend, weshalb grundsätzlich derzeit Termine innerhalb von zwei bis vier Wochen angeboten werden können.
Die wirklichen Vakanzen sind derzeit in der Antragsbearbeitung zu sehen. Problematisch ist daher weniger die Wartezeit für einen tatsächlichen Termin, sondern die Wartezeit, bis über einen Antrag entschieden wurde. Hier liegen die Bearbeitungszeiten und damit die Zeit zwischen Antragstellung und Einladung bei 8 bis 12 Monaten, bei weniger aufwendigen Anliegen ist die Vorlaufzeit deutlich kürzer. Diese Zeit variiert stark mit der Mitwirkung des Kunden und wird mit der Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung überbrückt.
Die telefonische Erreichbarkeit ist über die Hotline des Fachdienstes und die Durchwahlen der Mitarbeitenden gegeben. An der Hotline erreichen den FD 15.3 täglich ca. 1000 Anrufe während der Sprechzeiten. Diese Anrufe können nicht alle entgegengenommen werden, weshalb die Erreichbarkeit hierüber eingeschränkt und teilweise problematisch ist.
Emails, die über das allgemeine Postfach eingehen, sowie die Eingangspost in Papier werden täglich gesichtet und an die zuständigen Mitarbeitenden verteilt. Auf Grund des hohen Aufkommens (ca. 80 – 100 Emails pro Tag im allg. Postfach zzgl. der Emails in den Postfächern der Sachbearbeiter) kommt es an dieser Stelle zu Bearbeitungsrückständen von mehreren Wochen bis hin zu einigen Monaten. Die Bearbeitung erfolgt nach Posteingang und Priorität.
In Summe machen das hohe Arbeitsaufkommen sowie die Vakanzen in der Stellenbesetzung eine kurzfristige Abarbeitung der Anliegen unmöglich."

Stellenbedarf a.G. Fallzahlen	**Status**	**Ergebnis**
Sachbearbeitung A10/9b 10,05 VZÄ	3,85 VZÄ besetzt 1,0 VZÄ ab 01.01.2023 unbesetzt wg. Kündigung 1,0 VZÄ unbesetzt wg. Langzeiterkrankung 4,2 VZÄ unbesetzt	In Summe **6,2 VZÄ unbesetzt** von 10,05 VZÄ (Stand 01.01.2023)
Schalterdienst EG 9a 24,12 VZÄ	17 VZÄ besetzt 1,0 VZÄ unbesetzt wegen Langzeiterkrankung	In Summe

„Es werden weitere zusätzliche Stellen geschaffen. Durch einen neu gefassten Beschluss wurden die Fallzahlen pro Vollzeitäquivalent abgesenkt. Allerdings steht die Ausländerbehörde vor dem Problem, diese Stellen adäquat zu besetzen.
Zusätzlich werden die Möglichkeiten der digitalen Antragstellung weiter ausgebaut:

1. Onlineverpflichtungserklärung: steht kurz vor Abschluss (Einführung Anfang 2023)

2. Online-Beantragung Aufenthaltserlaubnis: Für Geflüchtete aus der Ukraine bereits umgesetzt, für alle anderen Rechtsgrundlagen vermutlich in der ersten Jahreshälfte 2023)
3. Online-Terminvereinbarung: Einführung vermutlich erste Jahreshälfte

Es wird versucht auf verschiedenen Wegen adressatengerechte Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören:

- regelmäßige Pressemitteilungen,
- Informationen als automatische Antwort bei Emails an das allgemeine Postfach
- großflächige Überarbeitung der Informationen auf der Homepage einschließlich FAQs."

Kollision von Sitzungsterminen, insbesondere beim Naturschutzbeirat

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE):

1. Werden die Dezernentinnen und Dezernenten in Zukunft darauf einwirken, dass Beiräte nicht mehr mit Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages kollidieren werden?

Zusatzfrage:
Falls nein, welche Maßnahmen planen Sie, um die Beschlussfähigkeit der Beiräte in Zukunft sicherzustellen?

Landrat Schuster (SPD) antwortet in Vertretung für die Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen):
„Grundsätzlich dient der Sitzungskalender der parlamentarischen Gremien als Grundlage für die Festlegung des Termins des Naturschutzbeirats. Nur in dringenden Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden. Das war bei der letzten Sitzung leider der Fall. Nach Abgleich der Terminkalender des Beiratsvorsitzenden, dem Abteilungsleiter und der Dezernentin, sowie dem Raumbelegungsplan blieb nur dieser Termin übrig. Die Dezernentin bittet nochmals um Entschuldigung und versucht zukünftig solche Terminüberschneidungen zu vermeiden."
Zur Zusatzfrage:
„Der Abteilungsleiter und die Dezernentin haben sich bezüglich des Beirats schon ausgetauscht. Der Dezernentin ist dieser Beirat sehr wichtig und sie möchte die Beschlussfähigkeit in Zukunft sicherstellen. Dazu wird zeitnah ein Schreiben an die Ausschussmitglieder verfasst, in dem darauf hingewiesen wird:

1. Wir bitten um Zu- bzw. Absage der Termine
2. Im Falle einer Absage, soll wenn möglich der Stellvertreter teilnehmen."

Sitzungsteil B

Zu TOP 3.
Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2022 - 2026
VL-252/2022

Beschluss:
Der Kreisausschuss stellt gemäß § 101 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) die als Anlage beigefügte Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2022 bis 2026 auf und legt sie dem Kreistag zur Kenntnisnahme vor.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4.

Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 3. Quartal 2022
MI-35/2022

Ausschussvorsitzender Berns (FDP) berichtet, dass Landrat Schuster (SPD) in der Sitzung angeboten habe, die Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Beteiligungen des Kreises in eine der nächsten Sitzungen des HFWO einzuladen.

Inhalt der Mitteilung:
Der Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises zum 3. Quartal 2022 wird **zur Kenntnis genommen**.

Zu TOP 5.
Satzung über Bildung und Aufgaben eines Inklusionsbeirates des Lahn-Dill-Kreises
VL-244/2022

Beschluss:
Die als Anlage beigefügte Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Inklusionsbeirates wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür
43 Ja-Stimmen (14 CDU, 10 SPD, 8 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)
6 Nein-Stimmen (4 AfD, 1 SPD, 1 fraktionslos)
3 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 6.
Beteiligungsbericht 2021
MI-31/2022

Inhalt der Mitteilung:
Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 wird **zur Kenntnis genommen**.

Zu TOP 7.
Jahresabschluss 2019 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill
VL-240/2022

Beschluss:
Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 114 Abs. 1 HGO den Jahresabschluss 2019 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill.
Die Entlastung des Vorstandes wird gemäß § 114 Abs. 1 für das Haushaltsjahr 2019 erteilt.
Der **Kreisausschuss** nimmt den Jahresabschluss 2019 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill **zur Kenntnis.**

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8.
Weiterentwicklung Kooperation Musikschulangebot im Lahn-Dill-Kreis
Änderung der Satzung der Lahn-Dill-Akademie

VL-101/2022

Beschluss:
Der Kreisausschuss stimmt der Neukonzeption mit Zusammenführung der kommunal getragenen Musikschulangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene für den gesamten Lahn-Dill-Kreis in der Trägerschaft der Wetzlarer Musikschule e.V. ab 01.08.2023 auf der Grundlage des nachfolgend dargestellten Vertragswerkes wie folgt zu:

a) Der Lahn-Dill-Kreis beschließt die als **Anlage 1** beigefügte Änderungssatzung zur Betriebssatzung Lahn-Dill-Akademie.
b) Der Lahn-Dill-Kreis erhöht die derzeit der Wetzlarer Musikschule Lahn-Dill e.V. gewährte Zuwendung von 98.946 € auf den Betrag von 225.000 € pro Jahr ab 01.08.2023, zunächst befristet längstens bis zum 31.12.2036 gemäß des als **Anlage 2** beigefügten Zuwendungsbescheides.
c) Der Lahn-Dill-Kreis schließt die als **Anlage 3** beigefügte Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Wetzlar und der Wetzlarer Musikschule Lahn-Dill e.V. ab.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 9.
Wirtschaftsplan 2023 der Lahn-Dill-Akademie
VL-183/2022

Beschluss:
Dem Wirtschaftsplan der Lahn-Dill-Akademie für das Geschäftsjahr 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür
48 Ja-Stimmen (14 CDU, 11 SPD, 8 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)
4 Nein-Stimmen (AfD)
0 Enthaltungen

Zu TOP 10.
Wirtschaftsplan 2023 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
VL-182/2022

Beschluss:
Dem Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltungen

Sitzungsteil C

Zu TOP 11.
Errichtung Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Haiger
VL-250/2022

abgesetzt

Zu TOP 12.
Bewältigung der COVID-19-Pandemie
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produktbereich 07 Gesundheitsdienste
VL-247/2022

Abgeordneter Mulch (AfD) bezieht sich in seiner Antragsbegründung auf § 100 HGO (Hessische Gemeindeordnung). Er behauptet, dass die zu genehmigenden Mehraufwendungen bereits zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen bekannt gewesen seien, als mehr Stellen für den Gesundheitsbereich eingefordert worden seien. Damit liege das Erfordernis der Unvorhersehbarkeit nach § 100 HGO nicht vor und die Vorlage sei nicht rechtens.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Abgeordneten Mulch (AfD), auf die Verwendung unparlamentarischer Bezeichnungen wie „dumm" zu verzichten.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) sieht in der Abstimmung über die Vorlage die Ausübung des Budgetrechtes des Kreistages. In den Haushaltsberatungen sei ausgerechnet vom Vorredner die Aufplanung von zusätzlichen Stellen im Gesundheitsbereich kritisiert worden. Mit dem, was der Kreisausschuss zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Haushalt habe wissen können, sei die Veranschlagung richtig erfolgt und die rechtlichen Voraussetzungen somit erfüllt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:
Der Leistung **überplanmäßiger** pandemiebedingter Aufwendungen im **PB 07 Gesundheitsdienste** i. H. v. **bis zu 601.000 €** wird gem. § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Ziff. 1a der Haushaltssatzung 2022 des Lahn-Dill-Kreises vom 06.12.2021 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür
47 Ja-Stimmen (14 CDU, 11 SPD, 8 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)
5 Nein-Stimmen (4 AfD, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Zu TOP 13.
Aussetzung Flächenstilllegung
Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 15.07.2022
A-58/2022

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) begründet den Antrag seiner Fraktion mit der notwendigen Stärkung der Getreideexportsituation für mehr Ernährungssicherheit und einer Stabilisierung der Einkommen der Landwirte. Er führt aus, dass die Dringlichkeit des Antrags im Sommer gegeben gewesen sei.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) während dessen weiterer Rede dreimal auf, zur Sache zu sprechen. Diesen Aufforderungen kommt der Abgeordnete jeweils nicht nach. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** weist schließlich darauf hin, dass ein weitere Sachruf zum Entzug des Wortes führen werde. Außerdem rügt er, dass der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) anstelle einer Antragsbegründung Mitglieder des Hauses in unparlamentarischer Weise als links-grüne Spinner bezeichne.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) zieht den Antrag schließlich zurück, da er sich erledigt habe.

Zu TOP 14.
Pendla-App "Pendla"
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
A-56/2022

Abgeordneter Irmer (CDU) spricht von 31.000 Pendlern, die täglich im Kreisgebiet unterwegs seien. Ein privates Unternehmen habe daher die PendlaApp entwickelt. Diese App ermittele individuell die besten Verbindungsmöglichkeiten für Pendler. Der Rheingau-Taunus-Kreis habe die App vor einem Jahr bereits mit großem Erfolg gestartet. Es sei davon auszugehen, dass Pendler auf diese Weise Ihr Auto weniger nutzten, was ökologisch und ökonomisch sei. Die Kosten lägen bei einem Cent pro Einwohner im Jahr.

Abgeordneter Dworschak (B90/Die Grünen) verweist darauf, dass man bereits eine solche vom ADAC entwickelte App im Lahn-Dill-Kreis habe. Er gesteht ein, dass diese auf der Homepage schwer zu finden sei. Sie werde aber zukünftig besser dargestellt werden. Die App sei kostenlos.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) teilt mit, dass man auf der Homepage des Kreises lediglich die Information finde, dass das Mobilitätsmanagement des Kreises auf der Internetseite die Möglichkeit biete, alle Pendlerparkplätze zu finden, damit sich die Menschen vernetzen und gemeinsam weiterfahren könnten. Er halte die vorgeschlagene App mit dieser Zielsetzung für einen guten Ansatz, ggfs. in Ergänzung zur App des ADAC, und beantragt daher, den Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Umweltausschuss zu verweisen.

Da es keine Gegenrede gibt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag auf Verweis des Antrages der CDU-Fraktion zur endgültigen Beschlussfassung in den Umweltausschuss abstimmen:
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 15.
Sanierung der Außenwände der Lahntalschule
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
A-55/2022

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) berichtet, dass die Sanierungsaufträge für die Außenwände zwischenzeitlich in Auftrag gegeben worden seien. Der Antrag sei damit inhaltlich erledigt. Er weist aber darauf hin, dass die Gemeinde Lahnau über 2,1 Mio. € an Schulumlage und 4,8 Mio € Kreisumlage zahle, so dass es schön wäre, wenn erforderliche Maßnahmen früher angegangen werden könnten. Er bittet in diesem Zusammenhang darum, die Erdhügel vor der Schule zu entfernen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass für die Sanierung der Außenwände 750.000 € im aktuellen Haushalt eingeplant seien, davon 100.000 € als Planungskosten. Ursprünglich habe man die Fassade durch einen einem Wärmedämmverbund bauen wollen., was man verworfen habe. Nun plane man mit HPL-Fassadenplatten, was besser und günstiger sei. Um mit den Planungen und Ausschreibungen für das kommende Jahr zu beginnen, werde derzeit ein Planungsbüro gesucht und beauftragt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass der Antrag von der antragstellenden CDU-Fraktion für erledigt erklärt wurde.

Zu TOP 16.
Erhalt der Mittel für MBE
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022

A-54/2022

Abgeordneter Mulch (AfD) bezieht sich darauf, dass die Zustimmung zum Antrag dem Deutschen Roten Kreuz als Träger des Programms, einen Vorteil erbringen würde, indem eine Mittelkürzung abgewendet werde. Er befürchte daher für den Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) einen Widerstreit der Interessen, da er Präsidiumsmitglied des DRK Landesverband Sachsen sei.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) stellt klar, dass ein etwaiger Widerstreit der Interessen von ihm selbst anzuzeigen sei. Er erkenne jedoch an dieser Stelle keinen Anlass dazu.

Vorsitzender Volkmann (CDU) führt aus, dass § 25 HGO eine Schutznorm für den Betreffenden darstelle und lässt den Kreistag nach § 25 Abs. 3 HGO über das Vorliegen eines Widerstreits der Interessen abstimmen:
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt
Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Kreistag keinen Widerstreit der Interessen festgestellt habe.

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) berichtet, dass seine Fraktion nach Kürzung der Mittel selbst eine Resolution gestartet habe. Die Mittelkürzung sei zwischenzeitlich zurückgenommen worden. Er ziehe den Antrag daher zurück.

Zu TOP 17.
Schulschwimmen
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
A-53/2022

Abgeordneter Hundertmark (CDU) sieht Übereinstimmung in dem Ziel, dass jeder in einer Gesellschaft schwimmen können solle. Dazu gehöre, dass man schwimmen lerne, idealerweise in Schwimmbädern. Der Kreisausschuss solle daher den Sachstand berichten und zusammen mit den Städten und Gemeinden ein Konzept erarbeiten, wie das Schulschwimmen perspektivisch sichergestellt werden könne. Dabei sei der hohe finanzielle Aufwand der Städte und Gemeinden in den Blick zu nehmen, die Schwimmbadstandort seien. Er stellt den Fragenkatalog laut Antrag (Siehe Vorlage zum Fraktionsantrag) vor.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) trägt vor, dass die Verwaltung im Februar im Bildungsausschuss gesagt habe, dass allen Schulen im Kreis ein Schwimmbad zur Verfügung stehe. Demgegenüber werde in der örtlichen Presse nun berichtet, dass es seit zwei Jahren am Dillenburger Gymnasium keinen Schwimmunterricht mehr gebe. Dies zeige die Misere, die es auch an einigen anderen Schulen gebe.

Abgeordnete G. Esch (FWG) führt aus, dass die antragstellende Fraktion einerseits kommunale Schwimmbäder kritisiere, während sie andererseits hier das flächendeckende Vorhalten von Schwimmbädern fordere. Sie nennt als Beispiel die Laguna Aßlar, die immer wieder aus finanziellen Gründen in Frage gestellt werde, obwohl sie eines der erfolgreichsten kommunalen Schwimmbäder in Hessen sei. Für die Städte und Gemeinden gehöre das Vorhalten von Schwimmbädern zum freiwilligen Leistungsangebot. Die Landesförderung decke die hohen Unterhaltungskosten nur zu einem kleinen Teil, so dass sich viele Kommunen Schwimmbäder schlicht nicht leisten könnten. Sie beantragt getrennte Abstimmung.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) führt das Landesförderprogramm SWIM an, von dem man nicht nur in Solms profitiert habe. Es gehe im Antrag jedoch darum, was man auf kommunaler Ebene tun könne, denn in der Zeit der Pandemie sei die Zahl der Nichtschwimmer enorm angestiegen. Die Laguna Aßlar diene größtenteils gar nicht dem Schulschwimmen, so dass sie diese Argumentation

nicht nachvollziehen könne. Es brauche eine breite Diskussion, um Schwimmbäder kreisweit auch zukünftig finanzieren zu können.

Abgeordneter Irmer (CDU) berichtet, dass in Deutschland jährlich etwa 80 Schwimmbäder geschlossen würden, wodurch Deutschland zu einem Land der Nichtschwimmer werde. Es ärgere ihn, wenn Zuständigkeiten einfach anderen Ebenen zugeschoben würden, die bereits Programme wie SWIM und HAI aufgelegt hätten. Auf kommunaler Ebene würde der Main-Taunus-Kreis beispielsweise einen Betrag von 2,6 Mio. € aus der Schulumlage zur Unterstützung kommunaler Bäder bereitstellen. Es sei insgesamt eine stärkere Kooperation der Gemeinden des Kreises erforderlich.

Landrat Schuster (SPD) stellt fest, dass es eng werde. Als Kreis sei man wegen des Schulschwimmens größter Kunde der Schwimmbäder. Das Problem der Defizite werde man jedoch nicht lösen können. Das Förderprogramm SWIM sei gut, wirke sich aber nur auf die Investition aus. Die Kommunen würden schlussendlich unter den laufenden Betriebskosten leiden. Er spricht sich daher für einen Vorwegabzug aus dem KFA zugunsten der Schwimmbadkommunen aus, ähnlich wie bei den Bädergemeinden. Dies würde zu einem fairen internen Lastenausgleich führen. Er sei auch offen dafür, kreisseitig etwas drauf zu legen. Alternativ müssten die Bäder selbst betrieben werden, z. B. über einen Eigenbetrieb.

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt die Schließung der Rednerliste. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** verliest daraufhin die Rednerliste und lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

Abgeordneter Berns (FDP) lobt den Antrag als notwendig. Besonders die laufenden Kosten würden zu Schwierigkeiten bei den Badbetreibern führen. Auf das Kreisgebiet bezogen sehe er im Südkreis bessere Möglichkeiten in Bezug auf das ortsnahe Schulschwimmen, als im Nordkreis. Auch er spricht sich für eine Umschichtung der Mittel aus dem KFA aus.

Erster Kreisbeigeordneter Esch informiert, dass er in engem Benehmen mit den Städten und Gemeinden stehe, die Bäder geöffnet hätten. Das im Antrag geforderte Konzept gebe es bereits. Es solle in der nächsten Bürgermeisterdienstversammlung besprochen werden. Er werde den Kreistag baldmöglichst informieren, ob es eine Einigung zwischen den Städten und Gemeinden gegeben habe, da das Konzept eine Finanzierung voraussetze.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) spricht sich dafür aus, die Dinge gemeinsam vernünftig zu regeln. Beide Antragsteile sollten im Fachausschuss beraten werden. Grundsätzlich sei der Vorschlag gut, für die Finanzierung etwas aus dem Gesamttopf zu nehmen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass diese Dinge in den Regionen unterschiedlich bewertet würden. Man müsse vielmehr daher Mittel und Wege finden, das Problem kommunal zu lösen. Der Landkreis solle dabei eine aktivere Rolle beim Zusammenführen der Städte und Gemeinden einnehmen. Auf Nachfrage teilt er mit, dass der Antrag sowohl im Bildungsausschuss als auch im HFWO abschließend beraten werden solle.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis des Antrages der CDU-Fraktion in den Bildungsausschuss sowie HFWO zur abschließenden Beratung abstimmen.
Abstimmungsergebnis
Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht die Sitzung für eine einstündige Mittagspause.

Zu TOP 18.

Geburtsklinik Dillenburg
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2022
A-77/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft TOP 18 bis 20 zur gemeinsamen Beratung auf:

J.-M. Müller (CDU) stellt fest, dass eine Geburtsklinik in Dillenburg unverzichtbar und von außergewöhnlicher Wichtigkeit sei. Er stellt einen Änderungsantrag zur Anpassung an die Ereignisse (siehe Anlage). Es reiche nicht zu sagen, dass man keine Ärzte mehr habe und dass die Haftungsübernahme der Versicherung im Hinblick auf die Einhaltung der 20 Minutenfrist in Frage stehe. Die Richtlinie, auf die dabei Bezug genommen würde, habe keine Gesetzeskraft und es sei nicht einsehbar, warum man auf gleicher Grundlage anders handele als zuvor. Er sehe noch Handlungsmöglichkeiten etwa in der Einrichtung einer 3-monatigen geburtshilflichen Tagesklinik, einer Dienstaufteilung oder Abordnung von Medizinern von Wetzlar nach Dillenburg. Er wirft vor, dass alle Umstände bereits vor 5 Jahren bekannt gewesen seien.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) ist der Ansicht, dass eine transparente Aufarbeitung seitens der Kreisregierung sabotiert werde. Obwohl sich 4 Fraktionen in der letzten Kreistagssitzung für eine Sondersitzung ausgesprochen hätten und viele Fragen noch offen seien, sei keine Sondersitzung einberufen worden. Er kritisiert, dass im Rahmen einer persönlichen Aussage einer Gastrednerin die Sicherheit der Geburten in Dillenburg in der Sozialausschusssitzung in Frage gestellt worden sei und sieht insgesamt einen unangemessenen Umgang mit dem dortigen Personal. Die Geschäftsführung werde ihrem Versorgungsauftrag nicht gerecht. Er beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) sieht Informationsbedarf des Aufsichtsrates, insbesondere in medizinischer Hinsicht und hinsichtlich alternativer Möglichkeiten.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) führt aus, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 17. Oktober das Einberufen einer zweiten Sondersitzung (erste Sondersitzung: 18.05.22) explizit abgelehnt habe. Er habe daher keine Handhabe gehabt. Der Sozialausschuss habe aber in seiner regulären Sitzung am 14. Dezember einen umfänglichen Bericht der Geschäftsleitung entgegengenommen und Fragen beantworten lassen, obwohl die Überwachung der Geschäftsführung der Kliniken grundsätzlich nicht Aufgabe des Kreistages und seiner Ausschüsse sei. Im Ergebnis seien nach Einschätzung der Geschäftsleitung insbesondere die Dienste und Erreichbarkeit nicht in der erforderlichen Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Schließlich gebe es Schwierigkeiten, Nachwuchs im Bereich der Arztberufe zu gewinnen.

Abgeordneter Grüger (SPD) sieht die Fortführung der Geburtshilfestation als schwierig an, wenn man keine Belegärzte finde, die weggehende ersetzten. Niemand im Raum wolle, dass die Geburtshilfe nicht erhalten bleibe, aber vorgebrachte Vorschläge seien nicht realistisch und umsetzbar. Es habe Bemühungen gegeben, eine weitere Person als Belegärztin zu gewinnen, was nicht erfolgreich gewesen sei. Der Geschäftsleitung stattdessen Risiken aufzubürden, lehne er ab.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) geht davon aus, dass aus wirtschaftlichen Gründen kein großes Interesse an dem Erhalt der Geburtshilfestation bestehe. Man hätte schon früh andere Möglichkeiten ausloten müssen.

Auf die Zwischenfrage der **Abgeordneten Kunz (SPD)** ob dies geholfen hätte, fehlende Belegärzte zu bringen, antwortet **Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE)** das man sich dann Gedanken gemacht hätte. Sie könne aber auch nicht sagen, dass der Erhalt geklappt hätte. Sie plädiert dafür die Schließung zu verschieben um Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) erklärt, dass er von dem Haftungsfall erst im Zusammenhang mit der Schließung gehört habe und fragt, wann der Landrat und andere davon erfahren hätten. Er fragt außerdem, woher der Abgeordnete Grüger (SPD) wissen wolle, dass die Vorschläge nicht gehen würden. Man müsse außerdem aufklären, warum die Ärzte etwas Anderes aussagten als die Geschäftsleitung. Das in Rede stehende Risiko würde die Geschäftsführung jedenfalls schon seit 2,5 Jahren eingehen, wie jetzt deutlich werde. Man solle sich daher für Optionen Zeit verschaffen.

Landrat Schuster (SPD) informiert, dass im Aufsichtsrat auch Arbeitnehmervertreter sitzen würden und fragt, warum dies verschwiegen werde. Er berichtet weiter von zwei Schadenfällen, zuletzt im April, die über Gerichtsentscheidungen verdeutlicht hätten, dass es so nicht mehr gehe, da man als Klinikum eine Organisationsverantwortung habe. Dies sei im Aufsichtsrat kommuniziert worden. Er kritisiert an die Fraktion DIE LINKE gerichtet, wie im Kreistag über die Geschäftsführung gesprochen werde. Der Prozess sei von Anfang an transparent gewesen und der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung hätten alles für den Erhalt getan. Am 16. Januar finde eine Sondersitzung des Aufsichtsrates statt, wo weitere Möglichkeiten besprochen werden könnten. Die in Bezug genommenen Richtlinien seinen Normen, die seitens der Versicherung und der Gerichte in Schadenfällen zugrunde gelegt würden. Man dürfe sie daher nicht ignorieren. Schließlich habe man auch eine Verantwortung gegenüber den Frauen, die schnelle Hilfe benötigten.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass keine zwingende rechtliche Notwendigkeit bestehe, die Klinik zum Jahresende zu schließen. Daher wolle man mit dem Antrag Rahmenbedingungen ausfindig machen, um den Betrieb temporär aufrechtzuerhalten, bis ein tragfähiges Ersatzmodell gefunden sei. Neben den genannten Optionen könne man z. B. versuchen, über einen Gesellschafterbeschluss Versicherungsrisiken für die Geschäftsführung abzumildern. Ggfs. könne der Kreistag auch finanzielle Mittel bereitstellen, um den Weiterbetrieb zu sichern. Bei Schließung werde man lediglich Verantwortung von den Versicherungsrisiken der Geschäftsführung auf die Gesundheitsrisiken der werdenden Mutter verlagern. Er beantragt getrennt Abstimmung des Antrages sowie namentliche Abstimmung zu Punkt 1.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht als Ziel an, das Beste für die Gesundheit zu erreichen. Man habe eine neue Lage durch Bewertung tragischer medizinischer Vorfälle durch die Versicherung. Es gehe dabei nicht nur um die finanzielle Deckung, sondern in erster Linie um die Vermeidung tragischer Vorfälle. Die 20-Minuten-Frist könne man nicht nur als unverbindliche Vorgabe abtun. Sie stelle vielmehr eine Empfehlung des gemeinsamen Bundesausschusses beim Bundesgesundheitsminister dar und würde in Gerichtsverfahren zugrunde gelegt. Auch aus medizinischer Sicht sei die Einhaltung der Frist wichtig, da gesundheitliche Risiken während der Anfahrt geringer seien, als beim Auftreten von Notfällen in der Klinik. Schließlich merkt er an, dass das Modell einer Tagesklinik nicht funktioniere, da Geburten auch über Nacht andauern könnten.

Abgeordnete Niggemann (AfD) hat den Eindruck, dass sich die Geschäftsführung um Transparenz und Lösungsansätze bemüht habe. Alternativen seien jedoch an Leitlinien, gesetzlichen Vorschriften und fehlendem Personal gescheitert. Eine Anhörung der Beschäftigten hätte an der Gesamtsituation nichts geändert. Die Umsetzung des vorliegenden Antrages scheine tatsächlich und rechtlich nicht umsetzbar zu sein, da nur noch ein Arzt für die Weiterarbeit zur Verfügung stehe. Sie merkt an, dass ein Fehlverhalten des Landrates nicht festzustellen sei. Vielmehr seien Bund und Land für die Krankenhausstruktur verantwortlich.

Abgeordneter Deusing (CDU) plädiert dafür, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und auch mit den Betroffenen zu sprechen. Er fragt, ob werdende Mütter nun den Rettungswagen rufen müssten

und damit Notfälle blockieren würden, um nach Entbindung in Dillenburg schlussendlich nach Siegen gebracht zu werden.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) stellt fest, dass der Kreistag nicht darüber entscheiden könne, ob der Aufsichtsrat einberufen werde. Die öffentliche Trägerschaft der Kliniken sei richtig und wichtig, stelle jedoch keinen Freifahrtschein dar, Standards außer Acht zu lassen. Die Gestaltungsmöglichkeiten würden in dieser Hinsicht ebenfalls nicht dem Kreistag obliegen und deren bewusste Missachtung berge ein Strafbarkeitsrisiko. Er sehe darin auch keinen verantwortungsvollen Umgang mit der öffentlichen Trägerschaft. Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Ärzten sehe er besonders im Belegarztsystem. Auch hier werde der Rahmen nicht durch den Kreistag gesteckt.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) befürchtet, dass man das Rad nicht mehr umdrehen könne. Sie hätte sich jedoch mehr Offenheit und Transparenz im Prozess gewünscht und hätte gern in Gremien mit Hebammen und Belegärzten gesprochen. Der Vorschlag, eine Tagesklinik zu eröffnen, komme zu spät. Auf die Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** warum die Klinik zwingend zum 31.12. schließen müsse, antwortet die **Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen)** dass das Datum seit langer Zeit im Raum stehe und nun nicht mehr zu ändern sei.

Abgeordneter Dette (FDP) gibt zu bedenken, dass nur bis zum Jahresende drei Belegärzte zur Verfügung stünden, die gewährleisteten, dass rund um die Uhr eine Betreuung der werdenden Mütter ermöglicht werde. Von diesen habe eine Ärztin zum Jahresende gekündigt. Ein weiterer Belegarzt habe angekündigt, keinen Nachtdienst mehr machen zu wollen. Unter diesen Bedingungen sei ein Fortführen der Station nicht möglich, denn neben der Verantwortlichkeit der Ärzte gebe es auch eine Organisationsverantwortung der Klinik für ein ordnungsgemäßes und sachgerechtes Handeln im Rahmen der Haftungsvorschriften. Hinsichtlich einer Fortführung mit veränderter Struktur habe er Zweifel, dass diese unter den genannten Rahmenbedingungen seitens des Sozialministerium s überhaupt genehmigungsfähig wäre. Den Vorwurf der Intransparenz weist er zurück, da im Aufsichtsrat keine Fragen offengeblieben seien.

Abgeordneter Irmer (CDU) fragt, aufgrund welcher Rechtsvorschrift die Klinik zum 31.12.2022 geschlossen werde. Im Übrigen sei es Aufgabe der Klinikleitung, Alternativen rechtzeitig zu prüfen. Er fragt weiter, ob seitens des Kreises Anreize für einen zu bewerbenden Belegarzt oder -ärztin geschaffen worden seien, und appelliert, sich für die Entscheidung mehr Zeit zu lassen.

Abgeordnete Beimborn (SPD) führt aus, dass Ärzte aus Wetzlar gefragt worden seien, ob sie in Form einer Abordnung in Dillenburg zur Verfügung stehen würden. Dies sei abgelehnt worden. Neue Ärztinnen oder Ärzte stünden nicht zur Verfügung. Schwierig sei für sie in diesem Zusammenhang, dass die Rolle der Hebammen nicht wertschätzend genug dargestellt worden. Auch seien die Erwartungen von Frauen, wie sie bei einer Entbindung versorgt werden wollen, zu kurz gekommen. Sie hätte sich vorgestellt, dass die Frauen- und Gleichstellungskommission hierzu berät und Stellung nimmt. Insgesamt brauche es für die beantragte Entscheidung eine breite Mehrheit, die jedoch nicht vorhanden sei.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) gewährt auf Antrag des **Abgeordneter Mulch (AfD)** eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt er über die Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung können der Anlage übernommen werden:

<u>Beschluss:</u>

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Geburtsklinik der Kliniken am Standort Dillenburg über den 31.12.2022 hinweg so lange zu erhalten, *bis eine Alternative zum derzeitigen Betriebsmodell umgesetzt werden kann. Die Einrichtung einer Hauptabteilung ist zu prüfen.* ~~wie Ärzte für diesen Standort vorhanden sind. Weiterhin wird der Kreisausschuss aufgefordert im zuständigen Sozialausschuss über die Vorgänge zur Problemlösung, Stellenausschreibungen und den jetzigen Stand der Bewerbungen zu berichten. Er wird ferner gebeten darzustellen, welche Zusatzanreize der Kreis entwickelt hat, um Ärzte für das Dillenburger Klinikum zu werben.~~
2. Der Kreistag bemängelt die Kommunikation des Landrates, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken, im Zusammenhang mit der Schließung der Geburtsklinik am Standort Dillenburg.

Abstimmungsergebnis:
Teil 1
Mehrheitlich abgelehnt
28 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Teil 2
Mehrheitlich abgelehnt
26 Ja-Stimmen (19 CDU, 3 AfD, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)
39 Nein-Stimmen (17 SPD, 10 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 2 AfD)
0 Enthaltungen

Zu TOP 19.
Schließung Geburtsklinik Dillenburg - Aus der Intransparenz lernen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.11.2022
A-82/2022

Zur Beratung siehe TOP 18

Beschluss:

1. Der Kreistag missbilligt die intransparente Verhaltensweise des Landrates, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken, sowie der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Kliniken im Kontext der nun bevorstehenden Schließung der Geburtsklinik am Standort Dillenburg.
2. Der Kreisausschuss wird damit beauftragt, in der nächstmöglichen Sitzung des Fachausschusses über die Personalsituation der unterschiedlichen Stationen der Lahn-Dill-Kliniken zu berichten. Dazu gehört insbesondere auch ein Blick auf die Altersstruktur und künftig zu erwartender Personalbedarf aufgrund von Pensionierungen.

Abstimmungsergebnis:
Teil 1:
Mehrheitlich abgelehnt
6 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 2 AfD, 1 fraktionslos
59 Nein-Stimmen (20 CDU, 16 SPD, 10 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 3 AfD)
0 Enthaltungen

Teil 2:
Mehrheitlich abgelehnt
8 Ja-Stimmen
37 Nein-Stimmen
20 Enthaltungen

Zu TOP 20.
Einberufung einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der Lahn-Dill-Kliniken
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.12.2022
A-86/2022

Zur Beratung siehe TOP 18

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert den Landrat des Lahn-Dill-Kreises, Herrn Wolfgang Schuster, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken auf, eine Sondersitzung des Aufsichtsrates der Lahn-Dill Kliniken noch vor Ende des Jahres einzuberufen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
7 Ja-Stimmen
54 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Zu TOP 21.
Konzept zur Förderung von Balkonkraftwerken
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.09.2022
A-64/2022

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) trägt vor, dass Balkonkraftwerke eine Möglichkeit für Privathaushalte darstellten, sich von explodierenden Energiekosten unabhängig zu machen, indem Strom für den Eigenbedarf erzeugt werde. Anschaffungskosten würden sich schon nach wenigen Jahren amortisieren. Angesichts von drohenden Gasmangellagen seien Balkonkraftwerke eine einfach und kurzfristig umsetzbare Lösung, mit hoher Bedeutung auch für die Energiewende. Der Kreis solle daher ohne hohe bürokratische Hürden einen Anreiz für die Anschaffung setzen.

Abgeordneter Wagner (AfD) hält Balkonkraftwerke für sinnvoll. Der Bürger solle jedoch im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft frei über derartige Anschaffungen entscheiden können.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) bezieht sich auf den Vortrag des Klimaschutzmanagers des Lahn-Dill-Kreises im Umweltausschuss, der sehr interessant gewesen sei. Balkonkraftwerke seien gut und würden Abhängigkeiten von russischem Gas reduzieren. Sie ist jedoch nicht der Ansicht, dass der Kreis hier kein Konzept erstellen müsse, da der Klimaschutzmanager ohnehin Beratungen durchführe. Dies könne noch über eine Informationskampagne ausgeweitet werden. Fördergelder des Kreises lehne sie ebenfalls ab, um den überhitzen Markt mit Lieferschwierigkeiten nicht unnötig anzufeuern. Angesichts kurzer Amortisationszeiten sei eine Bezuschussung auch nicht nötig.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises ein Konzept zur Förderung von Balkonkraftwerken zu erarbeiten. Das Konzept soll nach Erarbeitung im Umweltausschuss vorgestellt werden

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen
4 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 1 SPD)
59 Nein-Stimmen (19 CDU, 15 SPD, 10 B90/Die Grünen, 5 FWG, 5 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Zu TOP 22.
Pilotprojekt gegen Einsamkeit
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
A-65/2022

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Egler (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) spricht von einem Wandel der Gesellschaft. Familienstrukturen würden kleiner, die Gesellschaft mobiler aber auch älter. Gleichzeitig erlebe man ein Vereinssterben und Begegnungsorte wie Kneipen würden schließen. Entstehende Einsamkeit könne jedoch ein Problem für die physische und psychische Gesundheit werden. Dies beschäftige Politiker auf mehreren Ebenen. Im nordrhein-westfälischen Landtag habe eine Enquete-Kommission Empfehlungen gerade auch an Kommunen herausgegeben. Mit dem Antrag wolle man Angebote für vulnerable Gruppen schaffen und auf Kreisebene ein Pilotprojekt ins Leben rufen.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) lobt den Antrag als sehr gut und empathisch. Trotz stärkerer Vernetzungsmöglichkeit über Social Media und erhöhter Mobilität gebe es weniger Teilhabe und Miteinander. Einsamkeit mache krank, was zu weiterer Einsamkeit führe, aber auch Armut und Alter würden zu Einsamkeit beitragen. Sie schlägt vor, dass in der Kommission eine Mitarbeiterin der häuslichen Pflege einbezogen werde. Bei der Prüfung von Begegnungsräumen solle die Barrierefreiheit abgefragt werden. Eine Vernetzung von Generationen solle ebenfalls in Erwägung gezogen werden.

Abgeordnete Kunz (SPD) führt aus, dass Einsamkeit belastend sei, zu mehr Einsamkeit führe, krankmache und nicht selbst gewählt sei. Das Thema sei wichtig, es gebe jedoch bereits Anlaufstellen, wo man Hilfe finde. Sie nennt die Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser der AWO, Aufsuchende Hilfen des DRK, Angebote der Tagespflege, Apps, Beratungsangebote der Kirchen und Jugendarbeit in den Vereinen. Besser als kommunale Angebote finde sie einen Seniorenbeauftragten in jedem Ort (Beispiel Piko in Driedorf), der nicht aufgesucht werden müsse, sondern die Menschen selbst aufsuche.

Abgeordneter Braun (CDU) stellt einen Antrag auf Verweis des Fraktionsantrages zur endgültigen Beschlussfassung in den Sozialausschuss. Kreis, Kommune und Ehrenamt hätten gemeinsam die Möglichkeit, Begegnungsräume zu schaffen (Beispiel Schulmensa in Driedorf). Nach dem Beispiel des Seniorenbeauftragten Haust entwickele man gerade vor Ort ein Projekt, für das man die Räumlichkeiten des Kreises benötige.

Abgeordnete Kunz (SPD) geht davon aus, dass das Projekt oder andere gute Ideen nicht am Kreis scheitern sollten. Sie sehe jedoch nicht, was eine Beschäftigung des Sozialausschusses dazu beitragen werde.

Abgeordneter Irmer (CDU) schlägt vor, den Kreisausschuss nicht zu beauftragen, sondern prüfen zu lassen und ändert den Fraktionsantrag entsprechend ab. Es interessiere ihn persönlich sehr, was die kompetenten Fachleute zur Problematik vorschlagen würden.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Egler (SPD) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Ausschuss abstimmen:
Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den Antrag der CDU-Fraktion mit der Änderung des Abgeordneten Irmer (CDU) abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert ein Pilotprojekt gegen Einsamkeit zu *prüfen* ~~starten~~. Im Rahmen dieses Projekts wird das Gesundheitsamt beauftragt:

1. Einen kommunalen Aktionsplan gegen Einsamkeit zu erarbeiten.
2. Eine kreisweite Aufklärungskampagne zur Prävention von und Hilfe bei Einsamkeit durchzuführen.
3. In Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden des Kreises einen Bericht über Begegnungsräume im Lahn-Dill-Kreis zu erarbeiten.

Zur Durchführung des Projekts soll zudem eine beratende Kommission aus Vertretern u. a. der Ärzteschaft, der Wissenschaft, der praktischen Psychiatrie und Psychotherapie, kirchlichen Seelsorge, sowie der im Kreis vertretenen Hilfsorganisationen einberufen werden. Sofern möglich, soll das Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet werden. Etwaige notwendige Haushaltmittel sind in den Nachtragshaushalt 2023 einzustellen. Über die Ergebnisse ist fortlaufend im Sozialausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
25 Ja-Stimmen (19 CDU, 5 AfD, 1 fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (16 SPD, 10 B90/Die Grünen, 5 FWG, 4 FDP)
3 Enthaltungen (1 SPD, 1 FWG, 1 AfD)

Zu TOP 23.
LDK-App
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
A-66/2022

Abgeordnete A.-L. Bender (CDU) führt aus, dass der Kreis mit einer solchen App, am Vortag auf den Ausfall des Präsenzunterrichtes hätte hinweisen können. Neben der Benachrichtigung über Neuigkeiten könne der Kreis über eine App auch Veranstaltungshinweise geben, über politische Sitzungstermine informieren und auf touristische Angebote hinweisen. Hinzu kämen Gefahren- und Wetterwarnungen für die Region sowie Hinweise auf wichtige Notrufnummern und -dienste. Die App könne auch für Terminvereinbarungen genutzt werden und für Verlinkungen zu Leistungen und Formularen. Als Vorteil gegenüber der Homepage sieht sie die Möglichkeit, sich über Push-Nachrichten auf dem Laufenden zu halten.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) schlägt vor, auf bereits vorhandene Apps zurückzugreifen. Wegen eines Austausches über bestehende Möglichkeiten beantragt er, den Antrag in einen Ausschuss zu verweisen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** erklärt sich die antragstellende Fraktion mit einem Verweis zur endgültigen Beratung in einem Fachausschuss einverstanden. Als zuständiger Ausschuss wird der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss angesehen. Da niemand gegen den Geschäftsordnungsantrag stimmt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 24.
Planungskosten Jung-Stilling-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
A-68/2022

Abgeordneter I. Panten (CDU) führt aus, dass die Gemeindevertretung Dietzhölztal beschlossen habe, den Standort der Gemeindeverwaltung zu verlegen. Das Rathaus sowie das Dorfgemeinschaftshaus dem Kreis zur Erweiterung der Schule zu überlassen. Seitens des zuständigen Dezernenten Esch heiße es dazu, dass mit den Planungen erst begonnen werden könne, wenn ein genehmigter Haushalt vorliege. Ein Angebot des Kreises sei zwischenzeitlich vorgelegt worden. Er sehe Handlungsbedarf.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) berichtet, dass eine Nachfrage, ob und zu welchen Konditionen die Gemeinde das Rathaus dem Kreis überlassen könne, noch nicht beantwortet sei, da es noch in den dortigen Gremien beraten werden müsse. Der Bürgermeister rechne mit einer Entscheidung bis März 2023. Nach jetzigem Stand gehe er von einer Inanspruchnahme des Rathauses durch den Kreis aus. Planungsmittel seien in den Haushalt eingestellt worden. Außerdem bestehe eine Verpflichtungsermächtigung, so dass bereits in 2023 Aufträge vergeben werden könnten. Ggfs. würden weitere Planungsmittel benötigt, die über einen Nachtragshaushalt einzustellen seien. Er schlägt vor, den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen im Geschäftsgang zu belassen.

Abgeordneter Irmer (CDU) erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass der Antrag bis zu den Nachtragshaushaltsberatungen vertagt wurde.

Zu TOP 25.
Unterstützung der Lahn-Dill-Kliniken
Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 11.10.2022
A-69/2022

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) sieht die Kliniken vor einer großen Herausforderung wegen belastender Preissteigerungen, die nicht an die Kunden weitergegeben werden könnten. Die Krankenkassen würden ebenfalls nicht für einen Ausgleich sorgen. Das Gesundheitswesen sei aufgrund der Sparpolitik ohnehin schon am Limit. Die Schließung von Klinikstandorten, wie z. B. in Dillenburg, drohe. Man müsse daher alles tun, eine finanzielle Unterversorgung zu verhindern. Sie nennt weitere Herausforderungen der Kliniken durch Bezahlung über Fallpauschalen, Dokumentationsaufwand der Ärzte und die Digitalisierungspolitik.

Landrat Schuster (SPD) verweist darauf, dass Krankenhäuser auf dem Markt mit anderen Krankenhäusern konkurrierten. Wenn darüber diskutiert werde, dass in Dillenburg Qualitätsstandards nicht mehr gelten sollen und durch die Vorrednerin auf zu wenig Geld für Essen und eine Standortgefährdung hingewiesen werde, habe dies Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Klinik durch den Patienten als Kunden. Er halte derartige Diskussionen daher für verantwortungslos. Er gehe davon aus, dass das Krankenhaus Dillenburg auch weiterhin gebraucht werde, da es zur Grund- und Regelversorgung gehöre.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) geht davon aus, dass es den Kliniken bundesweit in den nächsten Jahren schlecht gehen werde. Der Antrag gehe jedoch an die falsche Adresse. Die hessische Landesregierung, die für die Investitionsmittel zuständig sei, habe diese bereits mit 1 Mrd.

€ kräftig aufgestockt. Die Möglichkeiten seien damit ausgeschöpft. Für die laufenden Kosten sei das Land nicht zuständig.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) teilt die Auffassung des Landrates zu den Krankenhäusern. Man wolle sie behalten, wie man sie bereits habe. Wenn es nach dem Bundesgesundheitsminister gehe, werde sich in der Krankenhauslandschaft jedoch viel ändern. Nachteile für die Menschen auf dem Land seien zu befürchten. Das Krankenhaus in Dillenburg sei nicht schlecht zu reden und werde gebraucht. Die Menschen, die dort arbeiteten, würden eine gute Arbeit leisten. Daher setze man sich für den Erhalt ein. Die Hessische Landesregierung sei nicht für den Betriebsablauf und -kosten zuständig. Es gebe jedoch eine einvernehmliche Bundesratsinitiative, worin Eigeninitiativen und Appelle an die Bundesregierung im Hinblick auf Vorschläge zur Liquidität von Krankenhäusern beschlossen worden sei.

Abgeordneter Dette (FDP) hält eine einseitige Formulierung im Hinblick auf das Land aus den genannten Gründen nicht für sachgerecht. Investitionen der Häuser müssten jedoch immer noch zu einem nicht unerheblichen Teil aus den eigenen Einnahmen erwirtschaftet werden, was bei zurückgehenden Fallzahlen zu Problemen führe. Der Bund habe bereits einen finanziellen Ausgleich zu den Auswirkungen fehlender Belegungen während der Pandemie geschaffen. Hinsichtlich der Refinanzierung gestiegener Energiepreise in Krankenhäusern sei ebenfalls ein umfangreiches Unterstützungspaket des Bundes angekündigt. Die Struktur der Krankenhäuser werde in den nächsten Jahren jedoch eine Veränderung erfahren. Er sehe hierin jedoch Vorteile, wenn die Kliniken des Kreises etwa als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung eingestuft würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:
Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert die Hessische Landesregierung auf, für eine angemessene finanzielle Unterstützung der Kliniken des Lahn-Dill-Kreises im Zusammenhang mit den enormen Steigerungen im Bereich der Energieaufwendungen und der Preise im Versorgungssektor zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
3 Ja-Stimmen (DIE LINKE)
60 Nein-Stimmen (19 CDU, 16 SPD, 10 B90/Die Grünen, 5 AfD, 5 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Zu TOP 26.
Zuweisung und Aufnahme
Antrag der AfD-Fraktion vom 16.10.2022
A-71/2022

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) sieht einen Verlust von Heimat und eine Überlastung des Gesundheits- sowie Bildungswesen. Weiter spricht er von überbordender Drogenproblematik und einem Anstieg von Vergewaltigungen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) erteilt dem Abgeordneten Bellinghausen (AfD) für den nachfolgenden Vergleich einen Ordnungsruf wegen unparlamentarischer Sprache: „dem Sicherheitsversprechen des Staates und den rosaroten Schilderungen der Mainstream-Medien von ARD, ZDF und VRM-Presse zu vertrauen sei an Realitätsverweigerung vergleichbar mit dem Glauben an den Endsieg im April 1945".

Abgeordnete Bellinghausen (AfD) fährt fort, dass nun Bürgerhäuser und Turnhallen beschlagnahmt und mit Migranten belegt würden und fragt, was gemacht werde, um den Zuzug zu begrenzen. Ggfs. müssten Gesetze geändert werden. Er beziehe sich dabei nicht auf den kleinen Anteil Asylsuchender, die Schutz benötigten und behalten sollten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) rügt die vom Abgeordneten Bellinghausen (AfD) in diesem Zusammenhang verwendete Formulierung „Staatsstreich von oben" als unparlamentarisch.

Abgeordnete Kunz (SPD) fordert die AfD-Fraktion auf, damit aufzuhören, Menschen gegen Menschen auszuspielen. Sie bittet außerdem, deren Nachrichtenquellen zu hinterfragen. Sie stellt klar, dass ihre Heimat solidarisch sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Land Hessen unverzüglich mitzuteilen, dass dem Lahn-Dill-Kreis ab dem 01.11.2022 bis auf Weiteres keine Migranten zugewiesen werden.
Der Landrat wird beauftragt, dem Hessischen Landkreistag unverzüglich mitzuteilen dass der Lahn-Dill-Kreis keine weiteren Migranten aufnehmen oder zur Unterbringung an die Städte und Gemeinden verteilen kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
6 Ja-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)
57 Nein-Stimmen (19 CDU, 16 SPD, 10 B90/Die Grünen, 5 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)
0 Enthaltungen

Zu TOP 27.
Reaktivierung der Solmsbachtalbahn
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2022
A-72/2022

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) sieht es als Vorteil an, dass die Bahn noch nicht entwidmet und die Fläche nicht bebaut sei. Es gebe daher viele Möglichkeiten, die Bahn reaktivieren zu lassen. Auch wegen geänderter Rahmenbedingungen solle erneut ein Bewertungsverfahren für diese Bahn durchgeführt werden, um sie ggfs. reaktivieren zu lassen. Er beantragt, den Antrag in den Fachausschuss (Umweltausschuss) zu endgültigen Beschlussfassung zu verweisen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag auf Verweis des Antrages der CDU-Fraktion in den Umweltausschuss zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen:
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:22 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 12.01.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

CDU KREISTAGSFRAKTION
LAHN-DILL

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar

Wetzlar,19.12.2022

Änderungsantrag zur Geburtsklinik in Dillenburg

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Geburtsklinik der Kliniken am Standort Dillenburg über den 31.12.2022 hinweg so lange zu erhalten, bis eine Alternative zum derzeitigen Betriebsmodell umgesetzt werden kann. Die Einrichtung einer Hauptabteilung ist zu prüfen.

2. Der Kreistag bemängelt die Kommunikation des Landrates, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken, im Zusammenhang mit der Schließung der Geburtsklinik am Standort Dillenburg.

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar
Tel. 06441/4490330 . Fax 06441/4490331. email kv@lahn-dill.cdu.de . internet www.cdu-lahn-dill.de

	Namentliche Abstimmung durch den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises					
	Tagesordnungspunkt: 13/1		Kreistagssitzung am:			
lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
1	Ahrens-Dietz	Heike		✓		
2	Arch	Stefan		✗	✓	
3	Beimborn	Regina			✓	
4	Bellinghausen	Karlheinz		✓		
5	Bender	Anna-Lena		✓		
6	Bender	Matthias		✓		
7	Benner-Berns	Anna-Lena			✓	
8	Berns	Wolfgang			✓	
9	Blöcher-Weil, Dr.	Johannes			✓	
10	Boch	Dunja			✓	
11	Böcher	Jan Moritz			✓	
12	Braun	Carsten		✓		
13	Breustedt	Michelle			✓	
14	Brockhoff	Sebastian Philip			✓	
15	Büger, Dr.	Matthias			✓	
16	Dette	Wolfram			✓	
17	Deusing	Kevin		✓		
18	Dworschak	Reiner			✓	
19	Egler	Beatrix			✓	
20	Engel	Jürgen				
21	Esch	Gudrun			✓	
22	Fay	Anja			✓	
23	Fuchs	Hans-Werner			✓	
24	Garotti	Dorothea			✓	
25	Gottsmann	Thomas			✗	
26	Green	Emely			✓	
27	Grüger	Stephan			✓	
28	Hantusch	Thassilo		✓		
29	Harapat	Dominic				
30	Hartert	Holger			✓	
31	Hartmann	Lukas				
32	Hermann	Jacqueline Carina				
33	Herr	Christoph Alexander		✓		
34	Hundertmark	Michael		✓		

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
35	Inderthal	Frank			✓	
36	Irmer	Hans-Jürgen		✓		
37	Jakisch	Rudolf		✓		
38	Klement	Martina			✓	
39	Krämer-Bender	Rabea				
40	Kunz	Cirsten			✓	
41	Lefe`vre	Christa				
42	Lemler	Heinz			✓	
43	Lenzer	Carmen				
44	Ludwig	Jörg			✓	
45	Marien, Dr.	Jan			✓	
46	Mulch	Lothar		✓		
47	Müller	Jörg Michael		✓		
48	Müller	Armin		✓		
49	Müller	Leo				
50	Niggemann	Andrea			✓	
51	Ohnacker	Christiane		✓		
52	Panten	Ingo		✓		
53	Panten	Sascha		✓		
54	Peller	Michael			✓	
55	Petersen	Nicole		✓		
56	Polat	Murat			✓	
57	Rauber	Heinz			✓	
58	Rauber, Dr.	David			✓	
59	Rinn, Dr.	Karin			✓	
60	Sattler, Dr.	Daniel			✓	
61	Schäfer	Lisa		✓		
62	Schäfer	Mechthild				
63	Schelberg	Maria			✓	
64	Schmidt	Ingrid			✓	
65	Scholl	Stefan			✓	
66	Schönwetter	Tim		✓		
67	Schumacher	Silke				
68	Silbe, Dr.	Katja		✓		
69	Sitte	Kevin		✓		
70	Sommer	Sabine		✓		
71	Steinraths	Frank		✓		

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
72	Steinraths	Daniel		✓		
73	Strehlau	Petra			✓	
74	Viertelhausen, Dr.	Andreas				—
75	Volkmann	Johannes		✓		
76	Wagner	Willi		✓		
77	Wagner	Steffen				—
78	Weppler	Elke				—
79	Zborschil	Tim		✓		
80	Zühlsdorf-Gerhard	Carmen				—

2P 37

Namentliche Abstimmung durch den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Tagesordnungspunkt: 14.12 Kreistagssitzung am:

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
1	Ahrens-Dietz	Heike				✓
2	Arch	Stefan			✓	
3	Beimborn	Regina			✓	
4	Bellinghausen	Karlheinz		✓		
5	Bender	Anna-Lena				✓
6	Bender	Matthias				✓
7	Benner-Berns	Anna-Lena			✓	
8	Berns	Wolfgang			✓	
9	Blöcher-Weil, Dr.	Johannes			✓	
10	Boch	Dunja			✓	
11	Böcher	Jan Moritz			✓	
12	Braun	Carsten				✓
13	Breustedt	Michelle			✓	
14	Brockhoff	Sebastian Philip			✓	
15	Büger, Dr.	Matthias			✓	
16	Dette	Wolfram			✓	
17	Deusing	Kevin				✓
18	Dworschak	Reiner			✓	
19	Egler	Beatrix			✓	
20	Engel	Jürgen				—
21	Esch	Gudrun			✓	
22	Fay	Anja			✓	
23	Fuchs	Hans-Werner			✓	
24	Garotti	Dorothea			✓	
25	Gottsmann	Thomas				—
26	Green	Emely			✓	
27	Grüger	Stephan			✓	
28	Hantusch	Thassilo		✓		
29	Harapat	Dominic				—
30	Hartert	Holger			✓	
31	Hartmann	Lukas				—
32	Hermann	Jacqueline Carina				—
33	Herr	Christoph Alexander				✓
34	Hundertmark	Michael		✓		

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
35	Inderthal	Frank			✓	
36	Irmer	Hans-Jürgen				✓
37	Jakisch	Rudolf			✓	
38	Klement	Martina			✓	
39	Krämer-Bender	Rabea				
40	Kunz	Cirsten			✓	
41	Lefe`vre	Christa				
42	Lemler	Heinz			✓	
43	Lenzer	Carmen				
44	Ludwig	Jörg			✓	
45	Marien, Dr.	Jan			✓	
46	Mulch	Lothar		✓		
47	Müller	Jörg Michael				✓
48	Müller	Armin				✓
49	Müller	Leo				
50	Niggemann	Andrea			✓	
51	Ohnacker	Christiane		✓		
52	Panten	Ingo				✓
53	Panten	Sascha				✓
54	Peller	Michael			✓	
55	Petersen	Nicole				✓
56	Polat	Murat			✓	
57	Rauber	Heinz			✓	
58	Rauber, Dr.	David			✓	
59	Rinn, Dr.	Karin			✓	
60	Sattler, Dr.	Daniel				✓
61	Schäfer	Lisa				✓
62	Schäfer	Mechthild			~~✓~~	
63	Schelberg	Maria			✓	
64	Schmidt	Ingrid			✓	
65	Scholl	Stefan			✓	
66	Schönwetter	Tim				✓
67	Schumacher	Silke				
68	Silbe, Dr.	Katja				✓
69	Sitte	Kevin		✓		
70	Sommer	Sabine				✓
71	Steinraths	Frank				✓

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
72	Steinraths	Daniel				✓
73	Strehlau	Petra			✓	
74	Viertelhausen, Dr.	Andreas				
75	Volkmann	Johannes				✓
76	Wagner	Willi		✓		
77	Wagner	Steffen				
78	Weppler	Elke				
79	Zborschil	Tim		✓		
80	Zühlsdorf-Gerhard	Carmen				

8/37/19

	Namentliche Abstimmung durch den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises					
	Tagesordnungspunkt:.....		Kreistagssitzung am:			
lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
1	Ahrens-Dietz	Heike			X	
2	Arch	Stefan			X	
3	Beimborn	Regina			X	
4	Bellinghausen	Karlheinz		X		
5	Bender	Anna-Lena			X	
6	Bender	Matthias				X
7	Benner-Berns	Anna-Lena			X	
8	Berns	Wolfgang			X	
9	Blöcher-Weil, Dr.	Johannes			X	
10	Boch	Dunja			X	
11	Böcher	Jan Moritz			X	
12	Braun	Carsten			X	
13	Breustedt	Michelle			X	
14	Brockhoff	Sebastian Philip			X	
15	Büger, Dr.	Matthias			X	
16	Dette	Wolfram			X	
17	Deusing	Kevin			X	
18	Dworschak	Reiner			X	
19	Egler	Beatrix			X	
20	Engel	Jürgen				
21	Esch	Gudrun			X	
22	Fay	Anja			X	
23	Fuchs	Hans-Werner			X	
24	Garotti	Dorothea			X	
25	Gottsmann	Thomas				
26	Green	Emely			X	
27	Grüger	Stephan			X	
28	Hantusch	Thassilo		X		
29	Harapat	Dominic				
30	Hartert	Holger			X	
31	Hartmann	Lukas				
32	Hermann	Jacqueline Carina				
33	Herr	Christoph Alexander			X	
34	Hundertmark	Michael				

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
35	Inderthal	Frank			X	
36	Irmer	Hans-Jürgen			X	
37	Jakisch	Rudolf			X	
38	Klement	Martina			X	
39	Krämer-Bender	Rabea				
40	Kunz	Cirsten			X	
41	Lefe`vre	Christa				
42	Lemler	Heinz			X	
43	Lenzer	Carmen				
44	Ludwig	Jörg			X	
45	Marien, Dr.	Jan			X	
46	Mulch	Lothar		X		
47	Müller	Jörg Michael			X	
48	Müller	Armin			X	
49	Müller	Leo				
50	Niggemann	Andrea			X	
51	Ohnacker	Christiane		X		
52	Panten	Ingo			X	
53	Panten	Sascha			X	
54	Peller	Michael				
55	Petersen	Nicole			X	
56	Polat	Murat			X	
57	Rauber	Heinz			X	
58	Rauber, Dr.	David			X	
59	Rinn, Dr.	Karin			X	
60	Sattler, Dr.	Daniel			X	
61	Schäfer	Lisa			X	
62	Schäfer	Mechthild				
63	Schelberg	Maria			X	
64	Schmidt	Ingrid			X	
65	Scholl	Stefan			X	
66	Schönwetter	Tim			X	
67	Schumacher	Silke				
68	Silbe, Dr.	Katja			X	
69	Sitte	Kevin		X		
70	Sommer	Sabine			X	
71	Steinraths	Frank			X	

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
72	Steinraths	Daniel			X	
73	Strehlau	Petra			X	
74	Viertelhausen, Dr.	Andreas				
75	Volkmann	Johannes				X
76	Wagner	Willi		X		
77	Wagner	Steffen				
78	Weppler	Elke				
79	Zborschil	Tim		X		
80	Zühlsdorf-Gerhard	Carmen				